

Stellungnahme von Rouzbeh Taheri (Sprecher S-Bahn-Tisch) zum TS-Artikel „Gesetzentwurf für eine sichere und kundenfreundliche S-Bahn“ vom 29.06.11

Der Artikel aus dem Tagesspiegel ist zu großen Teilen Humbug. Es zeigt, dass sich die Autoren wenig mit dem Thema beschäftigt haben.

Die EU-Vergaberichtlinien und die einschlägigen Urteile erlauben ausdrücklich die Festlegung von sozialen, technischen, ökologischen und anderen Standards bei Ausschreibungen. Sowohl die Personal- als auch die Zugkapazitätsforderungen sind zulässig. Diese Passagen (mit anderem Inhalt) sind schon im jetzigen Vertrag drin, warum sollen sie dann rechtlich problematisch sein? Die Zuglängen sind schon jetzt festgeschrieben, wir haben beim Treffen mit den Vertretern des Senats die entsprechenden Dokumente sogar kurz vorgelegt bekommen, nach dem Motto: "Wollen Sie so etwas haben?" Sie sind aber bisher nicht öffentlich. Eine Zugreserve will der Senat auch vorschreiben (aber eine niedrigere, nicht ausreichende), dies war im erwähnten Gespräch auch deutlich. Will der Senat nun auch die S-Bahn "enteignen", wie es in diesem Artikel heißt?

NICHT Absurd wird es bei der Forderung nach Tariflöhnen: Hier haben wir explizit die Forderung nach einem Tarifvertrag (was unzulässig wäre), sondern die nach einer Bezahlung ANALOG zu einem Solchen (was zulässig ist) im Gesetzestext drin, damit wird das erwähnte Problem umgangen. Die Autoren haben entweder den Text nicht gelesen, oder nicht verstanden.

Sie haben auch nicht verstanden, dass die Forderung nach Bezahlung auch nicht als eine unzulässige Forderung nach Änderung von "Dienst und Versorgungsbezüge" zu verstehen ist, da es sich bei S-Bahn Beschäftigte nicht um Landesbeschäftigte handelt und nur diese empfangen "Dienst- und Versorgungsbezüge"(etwas Beamtenrecht gefällig?). Das Land hat das Recht seinen Vertragspartnern die Mindesthöhe der Löhne vorzuschreiben, genau dies wird z.B. im Berliner Vergabegesetz getan. Die Autoren haben das "Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid" nicht richtig gelesen, spätestens in den entsprechenden Kommentaren dazu hätten sie ihre Fehler bemerkt. Thema verfehlt, setzen, Note Sechs!

Die Liste der Fehler im Text könnte ich fortführen, ich belasse es bei drei abschließenden Bemerkungen:

1. Wir haben die juristischen Fallen sorgfältig geprüft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir etwas übersehen haben. Das Thema Vergaberecht etc. ist relatives Neuland. Die im Artikel erwähnten Punkte gehören aber meines Erachtens nicht zu den "Wackelkandidaten". Solche grobe Fehler, wie der Tagesspiegel behauptet, haben wir nicht gemacht. Das haben ja nicht mal die Vertreter der Senatsverwaltungen und der VBB uns unterstellt.

2. Auch beim Wasservolksbegehren und beim Kita-Volksbegehren hieß es im Vorfeld, die Texte seien nicht zulässig. Beide Volksbegehren wurden vom Senat nicht zugelassen. Bei beiden Volksbegehren hat der Senat sich eine Klatsche vom Landesverfassungsgericht geholt, dies Urteile haben wir, anscheinend im Gegenteil zu den Autoren des Textes, sorgfältig studiert. Der Rest ist Geschichte.

3. Seit dem es klar wurde, dass wir es ernst mit dem Volksbegehren meinen und kein "Schwatzverein" sind, sind einige Versuche unser Vorhaben zu torpedieren gestartet. Hinter den Kulissen wurde einiges versucht, um den Start zu verhindern. Es hat nicht gefruchtet. Wohlgermerkt: Ich kann manche Kritik verstehen. Ob wir zu viele oder zu wenige Forderungen stellen, oder gar die falschen, darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein. Dieser Text aber ist ein reiner Sabotageversuch. Es wird die juristische Keule geschwungen, dann braucht man nicht mehr politisch zu argumentieren, da man gegen unseren Forderungen schlecht politisch argumentieren kann. Ich bin stark geneigt zu glauben, dass hier jemand von einer externen Quelle (DB AG, geneigte Kreise aus dem Senat oder aus den Parteien?) mit Argumenten gefüttert wurde, und diese nicht überprüft hat.

Wir müssen auf weitere Störversuche gefasst sein, aus unterschiedlichen Richtungen. Wir sollten diese zur Kenntnis nehmen, wenn nötig etwas entgegenen, und weitermachen. Für ernsthafte und konstruktive Kritik sollten wir weiter offen sein.

Solche "Kritik" aber, wie im Tagespiegel, motiviert mich persönlich eher mehr zu tun als weniger.

In diesem Sinne, es bleibt dabei: "Es ist unsere Stadt, es ist unsere S-Bahn"

Rouzbeh Taheri